Der Rote Ortenauer
SPD-Zeitung für die Ortenau
Ausgabe September 2011

„Wir gehen voran!“

Liebe Genossin, lieber Genosse,

In fast 150 Jahren hat die SPD sich stets gewandelt - von der Arbeiterpartei im Kaiserreich zur Staatspartei in der Weimarer Republik zur Volkspartei in der Bundesrepublik. Heute spüren wir, dass unsere Partei sich wieder neu aufstellen muss, ganz im Sinne Willy Brandts, der einst sagte: Jede Zeit will ihre eigenen Antworten und man hat auf ihrer Höhe zu sein, wenn Gutes bewirkt werden soll. Etwas drastischer formuliert könnte man auch sagen: Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit.

Und die Zeiten haben sich verändert. Die Lebensrealität der Menschen hat sich verändert, die Formen des Engagements haben sich verändert. Heute sind wir Menschen mobiler denn je, und in wenigen Sekunden können wir weltweit über das Internet kommunizieren, uns organisieren, Entscheidungen treffen.

Neue Generationen wechseln oft den Job, sind eine Zeitlang arbeitslos, arbeiten Teilzeit oder machen systematisch Überstunden, wollen sowohl Familie als auch Beruf. Die 40jährige Schriftstellerin Katja Kullmann drückt das Bewusstsein jüngerer Generationen so aus: „Woher soll ich wissen, was ich politisch will, wenn ich gar nicht weiß, wer ich selber bin, wo ich im sozialen Raum eigentlich stehe?“ Wenn wir eine Reform unserer Partei angehen, müssen wir auch diese Menschen im Blick haben, um sie ansprechen zu können, um ihnen eine attraktive politische Wirkungsstätte bieten zu können.

Elvira Drobinski-Weiß, MdB, Kreisvorsitzende und Stellv. Landesvorsitzende

Arbeiterpartei, Volkspartei und nun Mitmachpartei? In unserer bewegten Geschichte haben wir SozialdemokratInnen stets die Maßstäbe gesetzt für moderne demokratische Willensbildung. Wenn unsere Demokratie, wenn die Parteien vor einer neuen Entwicklungsstufe stehen, dann steht es uns gut an, als Partei des Fortschritts voranzugehen, damit wir stolz sagen können: Mit uns zieht die neue Zeit.

Eure
Elvira Drobinski-Weiß

Unser Team in der Landesregierung

(Von links nach rechts): Rainer Stickelberger (Justizminister), Ingo Rust (Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft), Peter Friedrich (Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten), Reinhold Gall (Innenminister), Gabriele Warminski-Leitheußer (Ministerin für Kultus, Jugend und Sport), Bilkay Öney (Ministerin für Integration), Katrin Altpeter (Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren), Dr. Nils Schmid (Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Wirtschaft) im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel. (Nicht auf dem Foto ist Dr. Frank Mentrup, Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport).

Der Umbau unserer Energieversorgung

Gastbeitrag von Dietmar Schütz, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE)

Mit dem parteiübergreifenden Konsens zum Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland ist ein wichtiger Schritt für den Umbau unseres Energieversorgung vollzogen. Damit hat nicht nur die Branche der Erneuerbaren Energien einen wesentlichen Teil der Investitionssicherheit zurück, die ihr die schwarz-gelbe Bundesregierung im letzten Herbst mit der Laufzeitverlängerung ohne Not genommen hatte. Vielmehr sendet diese Entscheidung das klare Signal aus, dass wir nun die grundlegende Transformation unserer Energieversorgung auf den Weg bringen können – und müssen.

Der Einstieg in die Erneuerbaren Energien ist längst erfolgt. Seit dem Start des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 sind in Deutschland rund 900.000 Anlagen installiert worden. Die Erneuerbaren decken bundesweit inzwischen 17 Prozent des Strombedarfs. Nun kommt es darauf an, diesen Anteil weiter zügig zu erhöhen und die unterschiedlichen Eigenschaften der regenerativen und der fossilen Kraftwerke zusammenzubringen. Dabei wird das gesamte Erzeugungs- und Versorgungssystem vollständig umgekrempelt.

Bisher ist unsere Stromversorgung vorwiegend von zentralen Großkraftwerken geprägt. Wenige große Einheiten produzieren Strom, der dann über die verschiedenen Netzebenen an die Verbraucher verteilt wird. Mit dem Übergang zu einer mehr und mehr erneuerbaren Energieversorgung bringen viele tausende Anlagen im Verbund die notwendige Leistung. Am Beispiel Baden-Württemberg lässt sich dieser Wandel besonders gut veranschaulichen: 2010 deckten allein die vier Blöcke der Kernkraftwerke Philippsburg und Neckarwestheim rechnerisch zusammen etwa die Hälfte des Stromverbrauchs im Bundesland. Demgegenüber leisteten rund 190.000 Regenerativ-Anlagen zehn Prozent der baden-württembergischen Stromversorgung.

Wir stehen also vor der großen Herausforderung, eine zentrale, monopolorientierte in eine dezentrale und damit weitaus demokratischere Struktur zu überführen. Dafür sind viele neue Anlagen sowie technische und regulatorische Veränderungen notwendig. Auch die Anpassung von Angebot und Nachfrage aufeinander muss verbessert werden. Insbesondere im Süden Deutschlands muss die Windenergie an Land nach jahrelangen Blockaden nun zügig ausgebaut werden. Denn die Windkraft trägt den Hauptteil der regenerativen Stromerzeugung. Der Ausbau vor Ort verringert zudem den Bedarf an Höchstspannungsübertragungsnetzen, der in der öffentlichen Diskussion häufig als Nadelöhr für die Energiewende dargestellt wird.

Technische Anpassungen und Erweiterungen muss es insbesondere auf der Ebene der Verteilnetze geben. Künftig kommen immer mehr Anlagen ans Netz und der Strom fließt immer öfter nicht mehr nur in Richtung Verbraucher, sondern auch entgegengesetzt. Denn der Verbraucher ist beispielsweise mit seiner Fotovoltaikanlage auf dem Dach inzwischen selbst zum Stromproduzenten geworden. Um Angebot und Nachfrage besser auf einander abzustimmen, benötigen wir differenzierte Preissignale und ein intelligentes Netz. So können Kühlhäuser, Waschmaschinen oder Elektrofahrzeuge Strom bevorzugt dann nutzen, wenn er durch hohe Einspeisung aus Wind- und Solarkraftwerken verfügbar ist. Für den Ausgleich der wetterabhängigen Schwankungen müssen zunächst noch die verbleibenden fossilen Kraftwerke sorgen. Für die fernere Zukunft benötigen wir geeignete Kurz- und Langfristspeicher, deren Entwicklung und Bau wir bereits heute anstoßen müssen.

Die Vorteile eines erneuerbaren, dezentralen Systems liegen auf der Hand: Es ermöglicht nicht nur eine CO_2-arme, ressourcenschonende und damit nachhaltige Energieversorgung. Es eröffnet auch zahlreiche Möglichkeiten der Beteiligung für die Menschen vor Ort, bringt eine höhere Wertschöpfung in Ländern und Kommunen und erhöht den Wettbewerb durch eine Vielzahl von Investoren und Anbietern. Der Umbau unserer Energieversorgung ist damit ökologisch wie ökonomisch eine große Chance für uns alle.

Impressionen von der Landtagswahl 2011

Erdi Ayhan ist neuer Vorsitzender der Ortenauer Jusos

Erdi Ayhan ist seit 1. Januar 2010 Mitglied im Ortsverein Renchen und seit Juni 2011 Vorsitzender der Jusos im Kreisverband Ortenau. An der SPD, sagt er im Gespräch mit dem Roten Ortenauer, schätze er ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Demokratie.

„Der Rote Ortenauer“: Was war für dich Grund und Anlass, in die SPD einzutreten?

Erdi Ayhan, neuer Vorsitzender der Ortenauer Jusos

Erdi Ayhan: Der Grund für meinen Eintritt in die SPD war der Kampf für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland. In unserer Gesellschaft gibt es viele Ungerechtigkeiten, die gelöst werden müssen. Und die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die realistische Antworten dafür hat.

Was schätzt du an der SPD, was vermisst du, was kritisierst du?

Erdi: An der SPD schätzte ich ihre Geschichte und ihre damit verbundene Glaubwürdigkeit in Sachen Demokratie. Die SPD hat in der Vergangenheit immer gegen diktatorische Systeme gekämpft und wurde in solchen Systemen unterdrückt, zum Beispiel im Deutschen Kaiserreich. Ich vermisse den Kampf für die soziale Gerechtigkeit, wofür unsere Partei eigentlich immer gestanden hat. Kritik bekommt sie von mir in Sachen Profil. Die SPD zeigt derzeit kein Profil, was dazu führt, dass die Menschen nicht wissen, wofür die Partei eigentlich steht.

Was wünschst du dir von der SPD speziell in Bezug auf jüngere Mitglieder auf kommunaler Ebene und im Ortenaukreis?

Erdi: In Bezug auf jüngere Mitglieder wünsche ich mir, dass die SPD vor allem auf kommunaler Ebene ein sehr offenes Ohr für sie hat, auf sie eingeht, sich für ihre Interessen einsetzt und sich nicht in den Stadtparlamenten gegen die Interessen der Jugendlichen stellt.

Was würdest du jungen Leuten und Erstwählern sagen, warum die SPD die bessere Alternative ist, also warum sie SPD wählen sollen? Gerade im Vergleich zu den Grünen, die bei jungen Leuten ja offensichtlich sehr beliebt sind.

Erdi: Ich würde sie erst einmal aufklären. Die Grünen sind keine Partei, die sich für Jugendliche einsetzt. Ihre Klientel ist die ehemalige Wählerschaft der FDP, also die Besserverdienenden in unserer Gesellschaft. Die SPD hingegen ist eine Volkspartei, in der es die Jusos gibt, die durchsetzungsstark sind und im Interesse der Jugendlichen handeln. Dies zeigt zum Beispiel das Nein zum Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen, für das wir Jusos gekämpft und das wir auf dem Parteitag in Ulm durchgesetzt haben.

Was sagst du auf die häufig geäußerte Kritik, die SPD stehe inzwischen für nichts mehr, sei "wischiwaschi"?

Erdi: Das die SPD inzwischen für nichts mehr steht, ist schlichtweg falsch. Dass sie einen "Wischiwaschi-Kurs" fährt, ist allerdings richtig. Es wird nicht deutlich, für was die SPD steht, vor allem weiß sie selber nicht genau, wie sie sich zu bestimmten Themen stellen soll. Während ein Teil der Partei für etwas ist, ist der andere dagegen. Dies muss sich rasch ändern, denn die Wählerinnen und Wähler wissen nicht mehr, wofür die Partei steht.

Welche Themen sind dir in der Parteiarbeit wichtig?

Erdi: Als Gewerkschafter und Migrant liegen mir die Themen Integrations- und Sozialpolitik besonders am Herzen.

Was erhoffst du dir von der neuen Landesregierung?

Erdi: Von der neuen Landesregierung erwarte ich dringend notwendige Reformen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung der Gemeinschaftsschule. Diese Reformen sind ein Muss, wenn es mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem geben soll.

Info

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im SPD-Kreisverband Ortenau

Vorsitzender: Erdi Ayhan

Stellv. Vorsitzende: Lina Seitzl

Kontakt: erdiayhan@gmx.de

Internet: www.jusos-ortenau.de

Facebook: www.facebook.com/jusosortenau

Die Redaktion des „Roten Ortenauers“ ist per E-Mail an **zeitschrift@SPD-Ortenau.de** erreichbar.

Otto Schrempp ist Ehrenbürger der Stadt Wolfach

SPD-Urgestein Otto Schrempp ist der dritte Bürger überhaupt, dem das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wolfach verliehen wurde.

Bei einem Festakt im Wolfacher Rathaus am 30. Juli 2011 wurde Otto Schrempp von Bürgermeister Gottfried Moser für sein Lebenswerk geehrt.
Otto Schrempp ist seit 40 Jahren aktives SPD-Mitglied, war 23 Jahre für die SPD im Stadtrat in Wolfach, viele Jahre davon als Fraktionsvorsitzender und Bürgermeisterstellvertreter.
Die Werte der SPD Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben das Leben von Otto Schrempp geprägt und bestimmt, aber auch seine tiefe Verbundenheit zu seiner Heimatstadt Wolfach.
Otto Schrempp war Schulleiter in Wolfach und hat sich insbesondere als Stadthistoriker einen Namen gemacht. Niemand kennt die Geschichte Wolfachs so wie Otto Schrempp. Seine Werke zur Stadthistorie hat er nun dem Stadtarchiv übergeben. Und auch die über 100-jährige Geschichte der Wolfacher SPD hat er in rund 45 Aktenordnern akribisch aufgearbeitet. Dass sich Otto Schrempp auch in anderen Bereichen wie der AWO oder dem Turnverein engagierte, versteht sich von selbst. Daher wurde er bereits vor Jahren mit dem Bundesverdienstkreuz, der Willy-Brandt-Medaille und dem silbernen Ehrenteller der Stadt Wolfach ausgezeichnet,
Der SPD Ortsverein Wolfach ist stolz auf „seinen Otto“ und freut sich mit ihm über diese hohe Ehre.

Otto Schrempp (links) wurde von Wolfachs Bürgermeister Gottfried Moser für sein Lebenswerk zum Ehrenbürger ernannt.

Aus der Arbeit der AfA

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Ortenau stellt zwei Anträge für den ordentlichen Landesparteitag im Oktober in Offenburg.

Novellierung SGB IX (Schwerbehindertenrecht)
Bisher werden Schwerbehindertenvertretungen bei organisatorischen und personellen Tatbeständen lediglich gehört, ohne rechtlich verbindliche Wirkung für die Arbeitgeber. Deshalb müssen Mitbestimmungstatbestände (analog zur Betriebsverfassung und dem Personalvertretungsrecht) für Schwerbehindertenvertretungen geschaffen werden
Durch **Scheinselbständigkeit** entgehen den Sozialversicherungen Beiträge in erheblichem Maße. Scheinselbständige haben oftmals keine Rentenversicherung mit allen negativen Auswirkungen im Alter (Altersarmut, öffentliche Ausgaben). Ferner gilt für diese Scheinselbständigen kein Mindestlohn. In Deutschland müssen klare gesetzliche Regelungen her, um dem Missbrauch der Selbständigkeit zu entgegnen!

Treffen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften
Für den Herbst will die AfA ein Treffen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften in der SPD Ortenau (Jusos, 60+, ASF, AGS, SGK) initiieren, um die weitere politischer Arbeit in der Ortenau zu koordinieren und gemeinsame Schwerpunkte herauszuarbeiten.
Im Herbst findet die Neuwahl des AfA Vorstandes statt. Hierzu erhaltet Ihr rechtzeitig die Einladung.

Mitmachen
Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr uns in unserer Arbeit und unseren Aktivitäten unterstützt!

Info

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD-Kreisverband Ortenau (AfA)

Vorsitzender: Uwe Hengherr

E-Mail: info@uwe-hengherr.de

Tel.: 07851.72834

Anzeige

Ulrike Schwarz & Ulrike Weidt
Rechtsanwältinnen

Familienrecht
Erbrecht
Opferschutzrecht

Arbeitsrecht
Strafrecht
Markenrecht

Hildastraße 1 77654 Offenburg Tel. 0781 . 9488-740

Was uns bewegt:

„Auch 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ist Politik für Frauen noch erheblich seltener ein Thema als für Männer. Auch heute interessieren sich nur 39 Prozent der Frauen für Politik, dagegen 59 Prozent der Männer", so Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, im Januar 2009 zur "Neuen Osnabrücker Zeitung": Frauen zeigen eindeutig weniger Interesse an Politik als Männer. Doch wie lässt sich das erklären?

- Für Frauen besitzen die Parteien nur eine geringe Attraktivität. Im Jahr 2009 fanden sich unter den insgesamt knapp 1,4 Millionen Parteimitgliedern lediglich ca. 386.000 Frauen. Damit stellen sie kaum mehr als ein Viertel (27,7 Prozent) aller Parteimitglieder
- Außerdem bevorzugen Frauen die eher spontanen anstatt die formalisierten Beteiligungsformen insbesondere der neuen sozialen Bewegungen. Eine Statistik (Quelle: ALLBUS 2002) belegt: Auffallend ist, dass sich das Interesse von jungen Frauen an Politik keineswegs vergrößert hat. Im Gegenteil: die 18- bis 29-jährigen Frauen interessieren sich am häufigsten "überhaupt nicht" für Politik. Es scheint speziell das "politische" Amt zu sein, das für junge Frauen wenig erstrebenswert erscheint, obwohl zum Beispiel gerade Mädchen und junge Frauen in Schülermitverwaltungen und für Schülerzeitungen meist aktiver sind als ihre männlichen Klassenkameraden.

Am unterschiedlichen Bildungsniveau – wie noch vor Jahrzehnten – kann es nicht liegen, die Mädchen haben schon längst gleichgezogen bzw. die Jungs sogar überholt.

Plausibler ist die Erklärung sozialer Tatsachen durch eine soziale Struktur. In unserer Gesellschaft existieren bestimmte Arbeits- und Rollenverteilungen zwischen den Geschlechtern. Gerade diese Rollenverteilung aber bereitet Frauen nach wie vor größere Probleme als Männern. Familienpflichten und Kinderbetreuung werden noch immer in großer Mehrheit von Müttern als von Vätern wahrgenommen. Sie sind daher nach außen weniger präsent, flexibel und verfügbar. Viele Parlamentarierinnen können folglich nur durch Verzicht auf eigene Familie das hohe Arbeitspensum bewältigen, für männliche Abgeordnete ist es dagegen durchaus normal, verheiratet zu sein und Kinder zu haben. Diese ungleiche Lebenssituation von Männern und Frauen, die wiederum auf traditionellen Rollenvorstellungen beruht, ist auch der Grund dafür, dass Quotenregelungen der Parteien nur eine begrenzte Wirksamkeit entfalten können. Sie verändern zwar parteiinterne Nominierungsmuster zugunsten von Frauen, nicht aber die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft.

Was können wir unternehmen?

Wie bekommen wir mehr Frauen in die SPD und in die Ortschafts-, Gemeinde- und Stadträte?

Habt ihr eine Idee?

Schreibt uns oder – noch besser – kommt zu unseren Sitzungen! Auf lebhafte Rückmeldungen freut sich

Eure ASF Ortenau

Info

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Ortenau

Vorsitzende: Renate Merten, Tel. 07807/1692

E-Mail an: Helga.Pfahler@web.de

Erfolg der Ortenauer SPD AG 60plus

Im Juli 2011 fand im Bürgerhaus Zähringen in Freiburg die Landesdelegiertenkonferenz der SPD AG 60plus Baden-Württemberg statt, wo der KV Ortenau mit vier Delegierten (Michael Masson, Dorothea Hertenstein, Helmut Krings und Renate Merten) vertreten war. Diese konnten sich über Abstimmungserfolge ihrer eingebrachten Einträge ebenso freuen wie über die Wahl von Dorothea Hertenstein und Renate Merten zu Bundesdelegierten, die Baden-Württemberg bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz vom 30. August 2011 bis 1. September 2011 in Berlin vertreten werden. Alle vom KV Ortenau gestellten Anträge wurden angenommen. So soll jetzt die SPD-Landtagsfraktion nebst Landesregierung einen „Kooperationsvertrag“ zwischen Bundeswehr und Kultusministerium überarbeiten, der es bislang Jugendoffizieren erlaubte, einseitig Werbung an Schulen zu betreiben. Auch der Ortenauer Antrag, dass künftig Waren aus israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland für die Verbraucher als „Made in Palästina“ gekennzeichnet werden müssen, wurde angenommen.
Die Konferenz beschloss ebenso eine Aufforderung an die SPD-Bundestagsfraktion, sich verstärkt für die Vermeidung von Altersarmut einzusetzen. Beziehern von niedrigen Einkommen soll der Aufbau einer Zusatzrente durch steuerfinanzierte Fonds ermöglicht werden. „Das ist eines unserer klassischen Themen, aber wir lassen es uns nicht nehmen, als Senioren auch zu allen anderen gesellschaftlichen Fragen Position zu beziehen!“, so Michael Masson, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus.

Ländlicher Raum: Sackgasse oder Chance für moderne Daseinsvorsorge?

Wie sieht die Zukunft des Ländlichen Raums aus? Diese Frage beschäftigte die Delegierten der jüngsten Kreiskonferenz.

Etwa 60 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg leben im ländlichen Raum. Doch die Lebensqualität drohe sich zu verschlechtern hinsichtlich der Wege zu Ämtern, Geschäften und Ärzten, wohnortnahem Bildungsangebot, der Infrastruktur. Prof. Dr. Gabi Troeger -Weiß von der TU Kaiserlautern, Dr. Walter Caroli, Mitglied des Kreistags, sowie Gottfried Moser, Bürgermeister von Wolfach, diskutierten mit der Kreisvorsitzenden Elvira Drobinski-Weiß und den Delegierten. Die Moderation hatte Karl-Rainer Kopf.
Der demografische Wandel, so Troeger-Weiß, bedeute Rückgang der Schülerzahlen und damit Schließung von Schulstandorten und Arztpraxen, Auslastungsprobleme beim ÖPNV, Schwächung der Ortskerne und Verschlechterung der Infrastruktur insgesamt. Weitere Herausforderungen seien Schüler mit Migrationshintergrund, erhöhter Pflege- und Betreuungsbedarf und allgemeiner Bevölkerungsrückgang.
Sie plädierte dafür, Diskussionsprozesse zu starten mit Kommunalpolitikern und Bevölkerung, stellte aber gleichzeitig fest, dass viele Bürger noch immer eine große Distanz zu Ämtern und Verwaltungen hätten. Als Handlungsansätze schlug sie vor, Schulen bzw. Schularten zu bündeln und klassenübergreifend zu unterrichten, Zweitpraxen mit eingeschränkten Öffnungszeiten zu ermöglichen bzw. Gesundheitszentren. Da es schwierig sei, Ärzte für den Ländlichen Raum zu finden, müssten Gespräche mit Medizinern in der Raumschaft geführt werden, so Moser. Alternativen zum ÖPNV seien laut Troeger-Weiß Sammeltaxen oder ehrenamtliche Bürgerbusse - was in anderen Regionen bereits erfolgreich praktiziert wird -, und den guten alten Dorfladen bzw. Hol- und Bringdienste. In diesem Zusammenhang stellte Moser das Projekt „Wolfach bringt's" vor.
Da der Individualverkehr nicht zu ersetzen sei, müssten Arbeitsplätze im Umland erhalten und geschaffen werden. Fehlende Breitbandversorgung befördere Abwanderung. Laut Troeger-Weiß sei die in anderen dünn besiedelten Ländern sichergestellt, weil man dort diesem Thema einen höheren Stellenwert beimesse.
Vielen Politikern sei die Bedeutung des Ländlichen Raums nicht klar, so Dr. Walter Caroli. Dabei habe die Politik Steuerungsmöglichkeiten. Der Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung biete zwar eine gute Grundlage, müsse jedoch umgesetzt werden. Das Problem des Ortenaukreises sei das Nebeneinander von Zentren und strukturschwachen Räumen, weswegen er die Zusammenarbeit in den genannten Punkten von Kreis und Gemeinden einforderte. In der Diskussion wurde die mangelhafte interkommunale Zusammenarbeit gerügt. Ein Gemeindeverwaltungsverband von fünf Gemeinden im oberen Kinzigtal sei mangels Bereitschaft nicht zustande gekommen. Kritisiert wurde ferner das Konkurrenzdenken unter den Kommunen bei der Schaffung von Bauplätzen oder der Abwerbung von Industrie und Handwerk.

Im Unterausschuss Ländlicher Raum des Ortenaukreises („Gesamtstrategie LR im Ortenaukreis"), besetzt mit 18 Kreisräten und 17 Experten, gegründet 2009, habe man Handlungsbereiche definiert, erläuterte Caroli: Landschaft, Bildung, Nahversorgung. Troeger-Weiß warnte davor, im Ländlichen Raum den Anschluss an dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien nicht zu verpassen. Dazu meinte Moser, die Energiekonzepte müssten tatsächlich in den Ländlichen Raum passen, verwies dabei auf Holz, Wasser und Wind.

Wir gratulieren

Lina Seitzl ist Mitglied im Ortsverein Hohberg und stellvertretende Vorsitzende der Ortenauer Jusos. Sie wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg im Juli 2011 zur Delegierte für den Bundeskongress der Jungsozialisten in der SPD gewählt.

Anzeige

Herzlichen Glückwunsch zum 60. Geburtstag, liebe Elvira!

Elvira Drobinski-Weiß ist am 26. Juni 2011 60 Jahre alt geworden.

1976 trat Elvira in die SPD ein. Von 2001 bis 2007 war und seit 2009 ist sie unsere Kreisvorsitzende. 2004 rückte sie in den Bundestag nach und ist seit 2009 verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, seit 2005 ist sie stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende des Umweltbeirates beim SPD-Landesverband.

Elvira wurde als erste Frau in den Gemeinderat von Bahlingen am Kaiserstuhl gewählt. Man merkt, dass Elvira von der Kommunalpolitik kommt. Sie ist nahe bei den Menschen, kümmert sich um deren Alltagsprobleme, und hilft, so weit Politik und Politiker dies können, sie zu lösen .

Elvira begreift politische Verantwortung auf die Gegenwart bezogen, zugleich aber generationsübergreifend: den heutigen Generationen eine gute Lebensqualität zu ermöglichen und gleichzeitig den späteren Generationen vergleichbare Lebenschancen zu eröffnen – das ist Elviras politisches Credo.

Elvira ist eine glaubwürdige, wertorientierte Politikerin. Bei ihr stimmen Reden und Handeln überein.

Wir wünschen Elvira alles Gute für ihr persönliches Wohlergehen, politisch weiterhin viel Erfolg, aber auch Glück bei ihrer politischen Arbeit. Wir hoffen, dass sie uns und „unseren“ Wahlkreis noch lange in Berlin vertritt.

Harald B. Schäfer

Elvira Drobinski-Weiß, MdB, und ihre langjährige politische Wegbegleiterin, die ehemalige Landtagsabgeordnete Marianne Wonnay (rechts).

Termine

Sonntag, 28. August 2011, ab 11 Uhr
Sommerfest des SPD-Ortsvereins Willstätt am Waldsee in Willstätt-Hesselhurst

Mittwoch, 31. August, 18 Uhr
Sommerhock des SPD-Ortsvereins Hohberg in Niederschopfheim

Donnerstag, 8. September 2011, 11 Uhr
Treffen der Arbeitsgemeinschaft 60plus im alten Rathaus der Stadt Emmendingen (Marktplatz 1)

Freitag, 14. Oktober 2011, 15.30 Uhr und Samstag, 15. Oktober 2011, 9 Uhr
Landesparteitag in Offenburg

Samstag, 12. November 2011, 14 Uhr
Kreisdelegiertenkonferenz mit Neuwahlen

SPD-Ortenau Community

Wer hat Interesse und Lust, bei einer Ortenauer SPD-Musikband **„The Red Socks“** mitzumachen? - oder -
Wer möchte gern in einem SPD-Chor **„The Red Singers“** alte und neue (Arbeiter)lieder singen oder im politischen Kabarett **„The Red Cabaret“** mitwirken“?
Vielleicht schaffen wir es, spätestens bis zum Jubiläums*– und Wahljahr 2013 musikalisch etwas auf die Beine zu stellen und die Veranstaltungen zu bereichern.
Meldet Euch bei Interesse einfach per Mail an **zeitschrift@spd-ortenau.de**
(* Jubiläum: Die Sozialdemokratie in Deutschland feiert 2013 ihren **150.** Geburtstag)

Bildnachweise

Seite 1: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-BW
Seite 2: SPD-BW bei flickr.com
Seite 3: Uwe Hengherr u.a.
Seite 4: Erdi Ayhan
Seite 5: Stadt Wolfach
Seite 7: Lina Seitzl
Seite 8: Helga Pfahler, Helmut Lind

Impressum

SPD-Regionalzentrum, Habsburgerstr. 85
79104 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 04.08.2011
Redaktion „Der Rote Ortenauer“: Dr. Jutta Hagedorn, Uwe Hengherr, Karl-Rainer Kopf, Helmut Lind, Helga Pfahler und Horst Siehl
E-Mail: zeitschrift@spd-ortenau.de
Internet: www.spd-ortenau.de
Copyright © 2011 SPD-Ortenau